

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 5 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- RM monatlich ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Plats- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin 514, Inselstraße 8 a. Postfachkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin 514, Inselstraße 8 a).

NUMMER 42 B

BERLIN • Freitag, den 19 Februar 1932

1. JAHRGANG

Arbeitsbeschaffung.

Von Hellmut Rauschenplat.

Arbeitsbeschaffung! Das war der Hauptgegenstand, der soeben beendeten Tagung des Bundesausschusses des ADGB, und das wird das einzige Thema des Krisenkongresses sein, den der ADGB bald einberufen will.

Offene Fragen.

Die Ausschusstagung des ADGB hat gezeigt, daß Einigkeit nur darüber besteht, daß Arbeit beschafft werden soll — es wäre ja auch merkwürdig, wenn darüber im ADGB nicht Einigkeit herrschen würde.

Keine Einigkeit besteht jedoch darüber, wie die Arbeitsbeschaffung finanziert werden soll. Laut „Vorwärts“ Nr. 79, vom 17. Februar, sagte TARNOW auf der Ausschusstagung:

„Nun bestehen allerdings über den von uns aufgestellten Finanzierungsplan durch Kreditschöpfung sehr starke Meinungsverschiedenheiten, auch in unseren eigenen Reihen. Das hindert uns daran, aus dieser bestimmten Idee eine politische Aktion zu machen. Wir müssen uns darauf beschränken, das Prinzip der aktiven Konjunkturpolitik durch Arbeitsbeschaffung herauszustellen. Darin sind wir uns auch einig. Das Finanzierungsproblem kommt dann ohnedem auf uns zu, es wird auch aus anderen Gründen sehr bald akut werden und wir müssen nur darauf achten, daß Maßnahmen kreditpolitischer Natur, wenn sie ergriffen werden, auch für die Arbeitsbeschaffung eingesetzt werden.“

Wo Arbeit beschafft werden soll, auch darüber besteht Einigkeit nicht zu bestehen. Im ausführlichen Bericht des „Vorwärts“ über die Aussprache heißt es zu diesem Punkt:

„Talsperren, Straßen, Deich- und Brückenbauten, insbesondere Ueber- und Unterführungen bei Eisenbahnen zur Sicherung des Verkehrs u. s. w., sind solche Aufgaben. Gegen das Siedlungswesen ist nichts einzuwenden.“

Sollte man wirklich darüber einig gewesen sein, alle die alten Ladenhüter früherer Arbeitsbeschaffungsprogramme in Angriff zu nehmen?

Wie finanzieren?

Das Problem, das ausgiebig behandelt worden ist, ob gerade Kreditschöpfung das zweckmäßigste Mittel zur Finanzierung sei oder nicht, ist eine Frage zweiter Ordnung. Andererseits geht es natürlich nicht an, etwa auf dem geplanten großen Krisen-Kongress vor die Öffentlichkeit zu treten mit den Worten TARNOWS: „Das Finanzierungsproblem kommt . . . ohnedem auf uns zu.“ Aber insofern hat TARNOW recht: Die Frage der Kreditausweitung ist nicht die zentrale Frage.

Ich bin so ketzerisch, zuzufügen, daß selbst eine „kleine Inflation“, also eine Besteuerung der Massen durch Währungspolitik, als eines der Finanzierungsmittel in Frage kommt, wenn nur die Finanzierungsmittel an der richtigen Stelle angesetzt werden. Darauf kommt alles an für die Ueberwindung der Krise, für die Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Warum finanzieren?

Es ist an sich irrsinnig genug, daß die Arbeitsbeschaffung heute besonders „finanziert“ werden muß. Normalerweise finanziert sie sich in einer Marktwirtschaft dadurch von selber, daß die Menschen sich gegenseitig ihre Produkte abkaufen und dadurch ihre Arbeitsleistungen (und den Zins für ihre Kapitaleinlagen) bezahlen. Diese — sagen wir — automatische Finanzierung der Arbeitsbeschaffung ist heute weitgehend außer Funktion gesetzt. Immerhin wird die Arbeit von 18 Millionen Arbeitern und Angestellten auch heute noch „automatisch“ finanziert. Aber für 6 Millionen oder einen Teil derselben muß nach jahrelanger falscher Wirtschaftspolitik zunächst eine künstliche Finanzierung der Arbeit stattfinden.

Wenn die Arbeit jener 6 Millionen mehrere Monate lang auf irgend einem merkwürdigen Wege vom Monde aus finanziert werden könnte, so würde es gelingen, die Wirtschaft rasch wieder voll in Gang zu bringen: Die 6 Millionen hätten Kaufkraft und könnten sich dann gegenseitig ihre Produkte abkaufen. Um das in Gang zu bringen, stehen aber nun einmal nur die Reserven zur Verfügung, auf die wir innerhalb Deutschlands zurückgreifen können. Welche sind das?

Welche Reserven stehen zur Verfügung?

1. Die Produkte der Schwerindustrie, vor allem Eisen und Kohle, können wesentlich billiger verkauft

Der Verrat des Völkerbundes bereitet sich vor.

Zu den Vorgängen im Völkerbund, dem lahmten Appell der zwölf Ratsmächte an die japanische Regierung und der Verlegenheit, in die die Rats-Versammlung versetzt worden ist durch den Ruf Chinas nach einer Vollversammlung des Völkerbundes, schreibt der „Temps“ unserer Ansicht nach den ehrlichsten Kommentar:

„Alle müssen von dem Wunsch erfüllt sein, daß die Tagung einer außerordentlichen Versammlung des Völkerbundes, auf der der chinesisch-japanische Konflikt behandelt wird, noch vermieden wird. Es ist nötig, daß von Genf aus jeder Einfluß geltend gemacht wird, um China zu verlassen, seinen Antrag zurückzuziehen. Die Vollversammlung würde nämlich eine heikle Angelegenheit sein. Sie würde sich entscheiden müssen zwischen zwei achtenden Grundsätzen und nicht zu umgehenden Realitäten. Unter diesen Realitäten gibt es solche, die man nicht verkennen sollte: China trägt nicht die Merkmale eines organisierten Staates, und der Völkerbund kann eben nur als Bund organisierter Staaten funktionieren. Die Klugheit gebietet also, daß man Zeit gewinnt und sich mit einer vorläufigen Regelung begnügt.“

Das Zeit-Gewinnen hat der Völkerbundsrat dadurch erreicht, daß er einen juristischen Ausschuß eingesetzt hat, der die Frage prüfen soll, ob vom rechtlichen Standpunkt aus ein amtlicher Antrag der chinesischen Regierung zur Einberufung einer außerordentlichen Völkerbundsversammlung vorliege oder nicht. Zu diesem Ausschuß hat der Rat wie nach einem Strohhalm gegriffen, der ihm von Japans Gnaden dargereicht würde. Diese Macht hat sich nämlich erlaubt, „rechtliche“ Bedenken geltend zu machen gegen das chinesische Verlangen nach der Einberufung der Vollversammlung; die chinesische Regierung habe die festgelegten Fristen nicht gewahrt.

Den Appell des Zwölferrates an die japanische Regierung hat SATO durch einige Rückfragen an PAUL-BONCOUR erwidert. Er bittet um Aufklärung, was unter der „Mäßigung“ zu verstehen sei, die man von Japan erwarte, und warum der Appell nur an Japan und nicht auch an China gerichtet sei. Statt den Japaner stehen zu lassen, hat sich PAUL-BONCOUR beeilt, die Mäßigungsansprüche des Zwölferrates zu erklären und Japan das Zeugnis auszustellen, daß es als „Großmacht“ eine besondere Aktionsmöglichkeit und eine besondere Verantwortung habe.

Die japanische Regierung hat ihre diplomatischen und militärischen Führer in Schanghai angewiesen, den Chinesen das Ultimatum zu übergeben, wonach diese sich binnen 24 Stunden 20 km zurückziehen sollten. Es ist also zu erwarten, daß der für Donnerstag angesetzte Kampf um die Entscheidung in Schanghai nunmehr beginnt.

Proteste gegen Litauen.

Der litauische Landtag nahm mit 23 Stimmen gegen die 4 Stimmen der litauischen Abgeordneten eine Protestentscheidung an, in der die Eingriffe des Gouverneurs vom 6. Februar als eine Verletzung der Autonomie-Rechte des Memelgebiets erklärt werden.

Der Verfassungsausschuß des preußischen Landtags nahm einen deutschnationalen Antrag an, der das Staatsministerium ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie sofort Maßnahmen gegen die litauische Regierung ergreife.

werden, sobald eine Reihe großer Unternehmungen bankrott gemacht hat und damit — ökonomisch gesehen — vom Erdboden verschwunden ist. Die übrigen Unternehmungen könnten dann voll ausgenutzt werden, und infolgedessen mit wesentlich niedrigeren Selbstkosten produzieren. Diese Entwicklung kann sehr rasch erzwungen werden durch Einstellung der vielerlei Subventionen, die heute der Schwerindustrie zufließen.

2. Das Brot kann wesentlich verbilligt werden, dadurch, daß deutsche Arbeiter Industrieprodukte herstellen und diese im Austausch gegen Getreide nach Rußland und Amerika geliefert werden. Das ist nur möglich um den Preis des Bankrotts von Großgrundbesitzern, der sofort eintritt, wenn ihnen Subventionen entzogen werden.

3. An den Rüstungsausgaben können sofort Abstriche vorgenommen werden. Eine Verwaltungsreform,

AUS DEM INHALT:

Der französische Senat.
Vogel-Strauß-Politik in den USA.
„Glücks“-Spiel-Gemeinheit.
Gewerkschaftsführer! Gewerkschaftskollegen! Wacht auf!

Verhandelt Japan?

Am Mittwoch hat das japanische Kabinett zur Note des Völkerbundsrats Stellung genommen. Wie verlautet, wird Japan ein Hiniauschieben der Sondersitzung des Völkerbundes verlangen, um die Entsendung eines besonderen Vertreters nach Genf zu ermöglichen.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß am Donnerstag früh die Kommandierenden der chinesischen und japanischen Truppen mit einander beraten. Man spricht davon, daß Japan auf eine diplomatische Lösung des Streitfalls abziele. Dafür spricht: auch die am Donnerstag erwartete Ankunft eines Mitglieds des japanischen Außenministeriums.

In London ist man in Nöten in bezug auf die Vollversammlung des Völkerbundes. Man wisse nicht, wohin diese Völkerbundspolitik führen werde. In der „Times“ wird Japan gemahnt, daß es die frühere Sympathie mehr und mehr einbüße. Die englische Regierung scheint nach wie vor zu fürchten, es mit Japan zu verderben. Andererseits kann England es nicht riskieren, daß der Völkerbund eine energische Haltung in Genf einnimmt und sich selber dabei ausschaltet. Daher wird es bemüht sein, Japan zu einer Einstellung der Feindseligkeiten zu veranlassen.

Der Juristenausschuß in Genf hat seine Beratungen mit den beiden streitenden Parteien noch nicht zum Abschluß gebracht.

b Schanghai, 18. Februar.

Im Zentrum der internationalen Niederlassung ereignete sich am Donnerstag um acht Uhr morgens Ortszeit eine ungeheure starke Explosion, die kilometerweit gehört wurde. Soweit bisher festgestellt werden konnte, wurde das Gebäude einer japanischen Firma zerstört. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Mißtrauensantrag im englischen Unterhaus.

in London, 17. Februar.

Die Aussprache im Unterhaus über die Arbeitslosenwirtschaft und Hausbaupolitik der Regierung wurde durch einen Mißtrauensantrag der Opposition eingeleitet, den der Abgeordnete LAWSON einbrachte. Der Antrag wurde mit 415 gegen 89 Stimmen abgelehnt.

durch die ein großer Teil des heutigen Beamtenapparats abgebaut und nützlicherer Tätigkeit zugeführt werden könnte, sollte alsbald begonnen werden, gerade weil die hier liegenden Reserven nicht auf einen Schlag freigegeben werden können.

4. Eine weitere Reserve, und nicht die unwichtigste, ist die heute brachliegende Arbeitskraft von 6 Millionen Arbeitern.

Wo finanzieren?

An welchen Stellen sollen die verfügbaren Reserven eingesetzt werden? Für die Entscheidung müssen vor allem zwei Gesichtspunkte maßgebend sein, die wir in den folgenden Fragen zusammenfassen können:

Erstens: Wie kann der Schlag, den der Bankrott von schwerindustriellen Unternehmungen und Großgrundbesitzern auch für den Arbeitsmarkt und für die Bauern bedeuten würde, am raschesten pariert werden?

Zweitens: Welche Dinge fehlen in Deutschland?
Zunächst zur zweiten Frage: Es fehlt gewiß nicht an Talsperren und Eisenbahnunterführungen! Sondern es fehlt an Konsumgütern zur Verbesserung der in weiten Kreisen bereits unter das Existenzminimum gesunkenen Lebenshaltung. Es fehlt z. B. an kleinen Wohnungen, mindestens an solchen, die Arbeiter bezahlen können.

Zur ersten Frage: Es kommt darauf an, Arbeiten zu finanzieren, bei denen sofort verhältnismäßig große Lohnsummen ausgezahlt werden. Es fehlen, wie schon gesagt, kleine Wohnungen und ferner — nach dem Bankrott von Großgrundeigentümern — Siedlerstellen. Um sie zu schaffen, sind Bauarbeiten notwendig. Gerade bei Bauarbeiten ist der Lohnanteil am Preis besonders groß.

Den beiden genannten Gesichtspunkten wird also voll Rechnung getragen, wenn die verfügbaren Mittel auf Bauarbeiten in Stadt und Land konzentriert werden. — Die übrige Wirtschaft wird dann mittelbar angekurbelt werden. Denn wenn mehr Arbeiter Arbeit haben und Kartellpreise gesenkt werden, dann steigt die Massenkauflkraft gleichzeitig aus zwei Gründen; dann werden infolgedessen mehr Konsumgüter aller Art nachgefragt, und die Arbeiter, die nicht in der Bauindustrie dank besonderer Finanzierung eingestellt werden, werden dank der dann wieder in Gang gesetzten automatischen Finanzierung in anderen Berufen Arbeit finden. Das kann sogar sehr rasch der Fall sein.

Die Ausnutzung der Reserven.

Inwiefern können die genannten Reserven bei der vorgeschlagenen Konzentration der Mittel ausgenutzt werden?

1. Zum Bau sind Produkte der Schwerindustrie notwendig. Ihre Verbilligung verbilligt das Bauen und außerdem fast alle Produkte des täglichen Bedarfs.

2. Die Verbilligung von Brot macht es den Massen in der Stadt möglich, mehr bäuerliche Produkte (Vieh, Milch, Butter, Eier, Gemüse, Obst) als zur Zeit zu kaufen und auch höhere Preise für sie zu bezahlen. Für die Bauern kann dadurch der Schlag, den die Herabsetzung der Getreidepreise auch für sie bedeutet, leicht wettgemacht werden (die genaue Berechnung darüber habe ich in dem Offenen Brief an Herrn SCHIELE in Nr. 7 des „Funkens“ gegeben).

3. Die Mittel, die heute unmittelbar aus der Staatskasse oder auf Veranlassung der Regierung von der Reichsbank an Großgrundbesitzer und Schwerindustrielle als Subventionen fließen, ferner die an den Rüstungsausgaben eingesparten Mittel können umgeleitet und zur Finanzierung von Bauten benutzt werden. Wenn die so verfügbaren Mittel zusammen mit den frei werdenden Unterstützungsgeldern nicht ausreichen, käme durch eine „kleine Inflation“ in Frage. Sie wäre nicht mit einer Steigerung des Preisstandes verbunden, weil ja durch die von uns vorgeschlagenen Eingriffe entscheidend wichtige Kartellpreise und Nahrungsmittelpreise gesenkt werden.

4. Auch die Reserven an brachliegender Arbeitskraft können in besonderer Weise eingesetzt werden: zu einem Lohn, der nicht voll in bar ausgezahlt, sondern zum Teil für künftige Miete in den zu erstellenden Wohnungen gutgeschrieben wird. Der häufig in der Öffentlichkeit erörterte Gedanke, daß von Arbeitslosen für Arbeitslose produziert werden solle, kann so in unser Programm eingeordnet werden.

Grundsätzliche Schwenkung in der Wirtschaftspolitik!

Das vorstehend kurz skizzierte Programm ist aufgestellt auf Grund der Erfahrungen aus früheren Krisen,

in denen automatisch durch Senkung der Preise das Masseneinkommen stieg und zusammen mit der Senkung mancher Kosten die Wiederbelebung der Wirtschaft in Gang brachte. Die Belebung ging damals von der Bauwirtschaft aus.

Daß wir heute durch Mittel der Wirtschaftspolitik eingreifen müssen, kommt nur daher, daß der genannte Automatismus durch andere Mittel der Wirtschaftspolitik: insbesondere durch Stützung der Kartelle, durch Zoll- und Subventionspolitik und Lahmlegung der Wohnungswirtschaft funktionsunfähig gemacht worden ist. Die vorgeschlagenen Maßnahmen bedeuten also eine grundsätzliche Schwenkung der bisher in Deutschland angewandten Wirtschaftspolitik. Sie ist trotz aller Verflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft möglich.

Die nächste politische Aufgabe.

Natürliche Gegner dieser „Neuen ökonomischen Politik“ sind alle diejenigen, die auch sonst die größten Gegner der Gewerkschaften sind: die Schwerindustriellen

Pressestimmen zum Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften.

„Vorwärts“: „Noch einmal richtet sich der Blick der Arbeiter auf den Staat. . . .“

Es gibt keine Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit, die monopolistischen Wirtschaftszweige unter die Kontrolle des Staates zu bringen. Die Gesetzentwürfe . . . die Wohnungswirtschaft zu fördern und den Baumarkt zu beleben, finden den Beifall der Gewerkschaften ebenso gut wie den der Partei.

Alle diese Reformvorschläge . . . sind Ausdruck des Willens zum Sozialismus, Folgerungen aus der Erkenntnis, daß die Zeit für einen großen Umbau der Wirtschaft reif geworden ist.“

„Berliner Tageblatt“: „Zweifellos kommen die Gewerkschaften mit ihrem von TARNOW, BAADE und WOYTINSKI gearbeiteten Vorschlag, eine „zusätzliche Kaufkraft“ von etwa 1,2 Milliarden Mark durch Ausgabe von reichsbankfähigen Schuldverschreibungen auszugeben, in eine gefährliche Nähe der bekannten inflationistischen Kreditprojekte. Das scheint auch die Ansicht anderer Gewerkschaftsführer zu sein. . . .“

„Germania“ schreibt unter der Überschrift „Gefährliche Pläne zur Arbeitsbeschaffung“: „ . . . Noch bedenklicher sind die auf der Ausschusssitzung zutagegetretenen Forderungen, durch eine Kreditausweitung es der öffentlichen Hand zu ermöglichen, umfangreiche Aufträge der Wirtschaft zukommen zu lassen. Bei diesen Projekten spielen die bekannten Gedanken WAGEMANNs und des gewerkschaftlichen Statistikers WOYTINSKI eine verhängnisvolle Rolle, die von inflationistischen Kreditprojekten kaum noch zu unterscheiden sind.“

„Der Tag“: „Die Gewerkschaften haben einen groben Vorstoß gegen das Kabinett unternommen. Er ist mit einer scharfen Kritik an der Regierung verbunden und gipfelt in recht hilflosen, wenig originellen Vorschlägen zur Arbeitsbeschaffung, deren Finanzierung allerdings offen gelassen wird. . . .“

Es ist klar, daß . . . die Pläne der Gewerkschaften zum Teil verwirklicht werden.“

„Berlin am Morgen“ (KPD): „Der eine Gesichtspunkt ist der, eine Wahlparole zu haben, der andere, den Massen die Pläne der Inflationisten schmackhaft zu machen. Die Gewerkschaften treten mit ihren jetzigen Plänen offen für das Programm der Schwerindustrie ein.“

Kein Geld zu schade!

P. S. Ein Verteidiger im Favag-Prozeß stellte in seinem Plaidoyer allgemeine Betrachtungen über die Riesengehälter an, die an Generaldirektoren in der Wirtschaft gezahlt werden. Er meinte: Gehälter von einigen hunderttausend Mark seien nicht zu hoch, wenn sie für das Unternehmen Millionengewinne „produzierten“. Für solche „Produktivität“ sei kein Geld zu schade.

len und Großgrundeigentümer. Das sind ja auch im übrigen die schärfsten politischen Gegner der Arbeiterschaft.

Bei der Reichspräsidentenwahl kommt für die Krisenbekämpfung alles darauf an, daß kein Vertreter auch nur wohlwollender Schützer der Interessen jener Kreise in die Lage versetzt wird, durch Notverordnungen die Not der Arbeiterschaft weiter zu vergrößern. Das wichtigste politische Mittel zur Ueberwindung der Krise ist also im Augenblick die Wahl eines Arbeiterkandidaten auf den Posten des Reichspräsidenten. Wer es ernst meint mit Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung, der darf diesen Posten, dessen verhängnisvolle Wichtigkeit jede Notverordnung neu bewiesen hat, nicht dem Bürgertum ausliefern.

Bei der Präsidentenwahl und — wie die Dinge liegen — schon bei der Kandidatenaufstellung wird u. a. entschieden, ob weiterhin gegen oder künftig für die Arbeiterschaft Wirtschaftspolitik getrieben wird.

Die Neubildung des französischen Kabinetts.

Paris, 18. Februar.

Die Beratungen des Staatspräsidenten mit Führern aus Kammer und Senat sind bis in die Nacht hinein fortgesetzt worden. Die Radikalsozialisten und Sozialisten, von denen die letzten vor allem auf eine baldige Wahl hoffen, haben sich bereit erklärt, einer „Regierung der Vorstündigung“ keine Schwierigkeiten zu bereiten. Das neue Kabinett würde sich von den Radikalsozialisten bis zur Rechten erstrecken, natürlich mit Ausschluß der äußersten Rechten. Als Ministerpräsident scheint DOUMER Wert auf TARDIEU zu legen; andererseits verlautet, daß TARDIEU nicht ohne LAVAL regieren würde. Da dies bei der Mitte auf Schwierigkeiten stoßen würde, scheint mehr und mehr PAUL-BONCOUR der künftige Mann zu sein.

Revolten in Costarica.

New York, 17. Februar.

In Costarica, einer von den Vereinigten Staaten abhängigen Republik, ist es zum Kampf gegen den bisherigen Präsidenten gekommen. Die Anhänger des geschlagenen Präsidentschaftskandidaten haben sich des größten Teils der Hauptstadt San José bemächtigt. Der Präsident hat sich in die Artillerie-Kaserne zurückgezogen.

Die österreichischen Ermächtigungsgesetze.

Wien, 17. Februar.

Die zuständigen Ausschüsse des Nationalrates haben am Mittwoch die beiden wirtschaftlichen Ermächtigungsvorlagen der Regierung erledigt. Im Einverständnis mit der Regierung wurden auf einen sozialdemokratischen Vorschlag die Vorlagen so abgeändert, daß die Vollmachten nur im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrates angewendet werden können. Die Zuständigkeit des Hauptausschusses geht jedoch sofort an den Nationalrat über, wenn ein Viertel der Mitglieder des Hauptausschusses gegen eine vorgeschlagene Maßnahme Einspruch erhebt. Da die sozialdemokratische Partei allein mehr als ein Viertel der Hauptausschusmitglieder stellt, ist sie jederzeit in der Lage, die Zuständigkeit des Parlaments herbeizuführen.

Der Vertreter der Großdeutschen erklärte im Ausschuß, daß seine Partei keine Gewähr dafür habe, daß der außenpolitische Kurs in Zukunft eingehalten werde. Seine Partei habe immer die Auffassung vertreten, daß wirtschaftliche Vereinbarungen mit anderen Staaten nur dann erfolgen dürfen, wenn Deutschland darin eingeschlossen sei. Da keine Bürgschaft dafür vorliege, stimmte seine Partei gegen die Vorlagen.

Trotz des Widerstandes der Großdeutschen erscheint die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit mit sozialdemokratischer Hilfe gesichert.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(41. Fortsetzung.)

„Bereitschaft, jawohl. Aber Sie machen Politik, Herr General!“ Die Narbe auf Brandts Stirn beginnt sanft zu glühen. „Die Folge wird sein, daß Italien zweitausend Flieger einberuft!“

General Audinot streift den Minister mit funkelnden Augen. „Ich tue das, was mir für die Verteidigung unsres Landes notwendig scheint.“

„Das ist aber beginnende Mobilmachung, Herr General!“ Brandts Stimme wird stärker. „Sie gefährden meine Politik! Eine Angstmaßnahme bei uns löst drei Angstmaßnahmen auf der Gegenseite aus! Und umgekehrt. Binnen Stunden ist dann durch diesen Angstwettbewerb die Atmosphäre rettungslos vergiftet, das Pulverfaß fliegt von selbst auf! Das wird dann unausweichliches Völkerschicksal genannt!“

Das Gesicht des Generals legt sich in hochmütige Falten. „Ich würde ohne Besinnen in der nächsten Minute meinen Abschied einreichen, wenn nicht mein Pflichtbewußtsein größer wäre als Ihre Einsicht in militärische Notwendigkeiten.“

„Ich lasse Egenmächtigkeiten nicht zu!“ Brandt spricht völlig beherrscht, aber stahlklar. „Zur Stunde bin noch immer ich der Mann, der für unser außenpolitisches Schicksal verantwortlich ist!“

Der General macht einen Ansatz zu einer souveränen Verbeugung und geht ohne weiteres Wort zur Tür hinaus.

Germaine sieht das harte, unbewegte Gesicht des Soldaten aus der Doppeltür kommen. Auch die Diplomaten, Zeitungslente und Abgeordneten im Saal ahnen, daß irgendein Sturm im Nebenzimmer vorübergebraust sein muß. Neugierig blicken sie dem turmhohen Offizier nach, der zur Ausgangstür schreitet, ohne links und rechts zu blicken. Darüber

übersehen sie fast, daß der deutsche Botschafter im Arbeitszimmer verschwindet.

Dr. Haindl überbringt die Antwort seiner Regierung auf das Bündnisangebot des Ministerpräsidenten. Berlin lehnt in vorsichtigen, freundlichen Worten eine militärische Bindung ab, die nicht vereinbar sei mit der deutschen, auf allgemeinen Frieden gerichteten Politik.

Brandt fällt aus allen Wolken. Er weiß ja nichts vom Angebot seines Ministerchefs. „Militärbündnis?“ — Der Deutsche gibt Auskunft.

„Ah, Baron Saint Brice, vermute ich, wird diese Frage nur in der Theorie angeschnitten haben“, versucht Brandt seinen Chef zu decken. Aber der Deutsche weiß ja längst, was alle Spatzen von den Dachrinnen pfeifen: das französische Kabinett kann jede Minute zerplatzen.

„Militärische Bündnisse“, fährt Brandt fort, „sind durchaus nicht mein Ehrgeiz, besonders im Augenblick nicht. Ich hätte es mit tiefem Dank aufgenommen, Herr Botschafter, wenn Ihre Regierung mir jetzt mitgeteilt hätte, daß sie sich nicht nur strikter Neutralität befleißigen will, sondern auch bereit wäre zu rücksichtslosen Sanktionen gegen einen etwaigen Friedensbrecher!“

Der Deutsche, der mit dem Minister Brandt seit langem offen und ehrlich zu reden pflegt, erwidert: „Sie kennen unsere Lage, Herr Minister. Wir könnten für den bedrohten Frieden noch mit viel größerer Energie eintreten, wenn nicht heftige Strömungen in Deutschland uns Mäßigung auferlegten. Seien Sie ehrlich, Herr Brandt, woher soll die Gesamtheit unsres Volkes die Liebe für Frankreich hernehmen, wenn sauer erarbeitetes Geld Jahr um Jahr über die Grenze geschickt werden muß . . .“

„Um gleich nach Amerika weiterzuwandern!“ wirft Brandt bitter dazwischen.

„Nur zwischen freien Völkern kann echte Freundschaft bestehen“, spricht der Deutsche weiter. „Deutschland kann seine Verstümmelungen nicht auf Befehl seiner Regierung verschmerzen. Sie haben vierzig Jahre lang den Verlust einer Provinz nicht vergessen! Wir haben weit mehr zu vergessen — wenn es zu vergessen ist! Das alles muß in dieser

ersten Stunde freimütig ausgesprochen werden, nicht um Bitterkeiten zu verewigen, sondern der Freundschaft die Wege zu ebnen. Die heutige Lage wäre nicht so ernst, wäre die eiternde Wunde nicht am europäischen Leib.“

„Niemand weiß das besser als ich!“ entgegnet Brandt mit Wärme. „Ich habe mir unzählige Franzosen zu Feinden gemacht, weil ich darum kämpfte, einen gerechten Ausgleich mit Deutschland zu schaffen. Ich weiß, daß der Erdteil nicht gesunden kann, wenn sein Herz nicht ruhig und sicher schlägt! Deutschland ist Europas Herz! Und deshalb darf sich Ihre Regierung meinen Bitten nicht versagen! Zeigen Sie europäische Gesinnung, setzen Sie diese Gesinnung in die Tat um. Lassen Sie in Rom keine gefährlichen Hoffnungen aufkommen! Dann werden wir diese Krise meistern. Ich verspreche Ihnen dafür, meine Kraft einzusetzen, die verhängnisvollen Schranken, die heute noch zwischen unsren beiden Ländern stehen, einreißen zu helfen. Ich bin erst seit einem Jahr in der Regierung, große Widerstände hemmen mich. Unterstützen Sie jetzt meine Anstrengungen, indem Sie in Rom keinen Zweifel lassen, daß Deutschland sofort den wirtschaftlichen Boykott gegen Italien verhängt, wenn es mobil machen sollte! Damit verhindern Sie zugleich, daß bei uns die Chauvinisten Oberwasser bekommen. Versagt Deutschland — dann können schwarze Zeiten über uns alle kommen! Gegen einen Kriegsausbruch würden sich die Völker selbst zu schützen verstehen! Mit meiner Hilfe! Aber diese Selbsthilfe der Nationen könnte leicht das Gefüge Europas zerreißen! Ich drohe nicht, ich stelle nur Tatsachen fest. Die Massen führen diesen Krieg nicht, denn er ist keine Notwendigkeit, sondern offenbart nur die Unfähigkeit und Bosheit seiner Urheber. Es wäre furchtbar, wenn die Gewalten, die schon aufgelockert im Hinterhalt lauern, sich gegenseitig messen müßten!“

Während ein Franzose und ein Deutscher gemeinsam um einen Weg kämpfen, der eine würdigere Zukunft verheißt, steht Germaine immer noch wartend im Vorzimmer. Der Deutsche kommt endlich heraus, grüßt den amerikanischen Kollegen, der gerade zu Brandt gehen will; Stunde um Stunde rinnt vorbei, ohne daß sie vorgelassen wird. Der Saal beginnt sich zu leeren. (Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsführer. Gewerkschaftskollegen. Wacht auf!

Rede von Karl Hinkel.

Wir befinden uns hier in einem der schönsten und modernsten Gewerkschaftshäuser Deutschlands. In Stahl und Eisen bietet es ein Beispiel des Stiles der modernen Sachlichkeit, ist es ein Symbol der Macht und Größe der Millionenorganisation der deutschen freien Gewerkschaften.

Und doch: mich berührt es jedesmal eigenartig, wenn ich an die Pyramiden denken, jene gewaltigen Bauten, von denen man sagt, daß sie für die Ewigkeit errichtet wurden. Die Verwesung selbst wurde überwunden: Man balsamierte die toten Könige ein, um den Körper zu erhalten. Man begrub sie in der gekrümmten Stellung, die das Kind im Mutterleib einnimmt, um zu zeigen, daß sie wiedergeboren werden.

Und heute: Die Pyramiden stehen als einsamer Zeuge vergangener Macht und Herrlichkeit in der Wüste; das Ziel eines sensationslüsternen Reisepublikums aus aller Welt; eine Verdienstsquelle zahlreicher Reisebüros, Verkehrsunternehmungen und der Ansichtskartenindustrie. Die alten Königsgräber werden von fremden Eindringlingen ausgeräumt. Und das ägyptische Volk gehört zu den elendestgestellten und ärmsten Völkern des Erdballs.

Möge es den deutschen Gewerkschaften mit ihren Millionenorganisationen und ihren Gewerkschaftspalästen nicht ähnlich ergehen wie dem altägyptischen Reich! Wer nicht träumerisch in den Tag hineinlebt, der muß die Gefahr erkennen, die der deutschen Gewerkschaftsbewegung droht, und zwar von der Seite des Faschismus.

Ich erinnere an die Vernichtung der italienischen Gewerkschaftsbewegung durch MUSSOLINI und seine Gardien:

MUSSOLINI hat den italienischen Staat erobert mit einer rücksichtslosen Folgerichtigkeit in der Gewaltanwendung. Bei dem faschistischen Staatsstreich im Oktober 1922 hat er fast ohne Blutvergießen, durch Ueberrumpelung und geschickte Organisation, die gesamte technische Organisation der Großstädte und die Verkehrsorganisationen des Landes in seine Hand gebracht. Die Brücken, die Bahnhöfe, die Straßenkreuzungen, die Viadukte, die Schleusen der Kanäle, die Speicher, die Munitionsdepots, die Gaswerke, die Elektrizitätszentralen, Telegraph und Telephon, alle strategischen Punkte wurden zu einem bestimmten Zeitpunkt von faschistischen Abteilungen besetzt. Den Eisenbahnschienen entlang war alle 200 Meter ein Schwarzhemd aufgestellt. Auf den Bahnhöfen standen Gruppen von Eisenbahnern bereit, die Werkzeuge zur Hand, um gegebenen Falles die Schienen aufzureißen. Alle Maßnahmen waren getroffen, um den Verkehr zu sichern oder zu unterbrechen. Vierundzwanzig Stunden, nachdem MUSSOLINI in Mailand die schwarze Fahne des Aufstandes erhoben, war Italien von 200 000 Schwarzhemden militärisch besetzt. Die Eroberung der Regierung war dann nur noch eine Frage der Zeit.

Aber der schnelle Erfolg des faschistischen Staatsstreiches war nur möglich, weil in den Kämpfen der vorausgegangenen Jahre die italienischen Gewerkschaften und die von ihnen her drohende Organisation des Generalstreiks abgewürgt worden waren. MUSSOLINI hatte die Rolle des Proletariats im Kampf um die Macht richtig eingeschätzt. Er hatte Vorsorge getroffen, daß es ihm nicht ging wie Herrn KAPP, dessen Putsch durch den Generalstreik elendiglich erstickt worden war. So machte sich MUSSOLINI daran, die Gewerkschaften zu zerbrechen, ehe er den letzten Streich wagte.

Um die revolutionären Streiks und die Arbeiter- und Bauernaufstände zu beenden, die den Faschisten in den Jahren 1920 und 1921 viel zu schaffen machten, wendeten sie das Mittel an, die bedrohten Bezirke systematisch zu besetzen.

„Von einem Tag zum andern fanden nach einem Mobilisierungsplan Ansammlungen von Schwarzhemden an den

angewiesenen Punkten statt. Tausende und tausende bewaffneter Männer, manchmal fünfzehn- oder zwanzigtausend, ergossen sich über eine Stadt, über Felder, über Dörfer, von ihren Lastautos rasch von einer Provinz in die andere getragen. In einigen Stunden war der ganze besetzte Landstrich in Belagerungszustand versetzt. Alles, was von der sozialdemokratischen oder kommunistischen Organisation blieb; Arbeitsbüros, Gewerkschaften, Arbeiterklubs, Zeitungen, Kooperativen, wurde aufgelöst oder methodisch zertrümmert. Die roten Gardien, die nicht genug Zeit zur Flucht hatten, wurden, gereinigt, gestriegelt, aufgefrischt; zwei oder drei Tage hindurch arbeiteten die Knüttel auf Hunderten von Quadratkilometern.“

Eine andere Taktik der Schwarzhemden war die Methode der Wiedervergeltung: War irgend wo — in einer Vorstadt oder einem Dorfe — die Ermordung eines Faschisten bekannt geworden, so machten sich die Stoßtrupps zur Vergeltung auf. Die Gewerkschaftshäuser, die Arbeiterklubs, die Häuser der Führer von Arbeiterorganisationen wurden sofort angegriffen, verwüstet und in Brand gesteckt. Und diese Taktik trug entsetzliche Früchte. Die Furcht vor der Vergeltung erschütterte den Kampfegeist der Arbeiter, nahm ihnen den Mut, sich zu verteidigen, traf ins Herz des Widerstandes der Arbeiterorganisationen. Und Ende 1921 hatte diese Kampfmethodik den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats das Rückgrat gebrochen. Als dann im August 1922 von der italienischen Regierung ein letzter Versuch gemacht wurde, den Generalstreik der Arbeiter gegen die Faschisten zu entfesseln, da ersetzten die faschistischen Techniker und Spezialarbeiter die Streikenden in den öffentlichen Betrieben, und die schreckliche Gewalttätigkeit der Schwarzhemden zermalmte in vierundzwanzig Stunden das Heer der Staatsverteidiger, das sich unter der roten Fahne des Allgemeinen Arbeitsbundes gesammelt hatte. Das war der entscheidende Sieg des Faschismus: die Zertrümmerung der Gewerkschaften.

Dieses italienische Beispiel sollte uns eine schreckliche Warnung sein, ist doch die Zertrümmerung der Gewerkschaften auch ein entscheidendes Ziel des deutschen Faschismus. Um dieses Zieles willen allein lohnt sich für die deutsche Schwerindustrie und die deutschen Großagrarien die Finanzierung der HITLER-Bewegung. Wir dürfen uns nach GROENERS Wehrerlaß nicht mehr der Illusion hingeben, daß von Seiten BRÜNNINGS oder HINDENBURGS etwas Entscheidendes geschehe gegen die Weiterausbreitung des Faschismus in Deutschland. Die Gewerkschaften, die in erster Linie bedroht werden durch die faschistische Bewegung, müssen die entscheidenden Abwehrmaßnahmen selber in die Hand nehmen. Die Anfänge — wenn auch gewerkschaftlich betrachtet: sehr schüchterne Anfänge — sind mit der „Eisernen Front“ endlich gemacht worden. Aber das ist nicht genug! Es muß jetzt vor allem die Gelegenheit der Reichspräsidentenwahl ausgenutzt werden, um auf den wichtigsten Posten des obersten Reichsbeamten möglichst einen Arbeitervertreter zu bringen, um der Arbeiterschaft und dem gesamten Bürgertum und den Nationalsozialisten zu zeigen, daß die Arbeiterschaft wieder vorwärtsgeht, daß sie marschiert.

Die Einigung der Arbeiterparteien aller Richtungen auf einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten bei der Präsidentenwahl unter Führung der Gewerkschaften, das wäre ein wirksameres Signal als alle Massenversammlungen und Aufmärsche, womit nicht gesagt sein soll, daß diese überflüssig sind. Es ist ganz unverständlich, daß bisher die Gewerkschaften sich in der Frage der Präsidentenwahl völlig passiv verhalten haben. Es gilt hier nicht der Einwand, die Wahl sei ein politischer Akt, und also keine politische Aufgabe. Im allgemeinen haben die Gewerkschaften in der Tat nicht die Aufgabe, politische Wahlparolen herauszugeben. Aber es geht hier auch nicht um irgendeine politische Frage, sondern

*) MALAPARTE: „Der Staatsstreich“, Seite 202 f. Leipzig und Wien 1932.

hier geht es um die Existenz der Gewerkschaften: Die Gewerkschaften sind in ihrer Existenz außerordentlich bedroht. Sehen das die Führer und die Kollegen noch immer nicht? Erkennen sie noch immer nicht, daß die Wahl des deutschen Reichspräsidenten ihnen eine Möglichkeit zur Durchstoßung der gegnerischen Front bietet, — eine Gelegenheit, die vielleicht die letzte ist? Sind sie mit Blindheit geschlagen, daß sie nichts sehen und nichts von sich hören lassen?

Gewerkschaftsführer! Gewerkschaftskollegen! Lernt aus dem italienischen Beispiel! Reißt die Binde von den Augen, bevor es zu spät ist. Dringt auf die Erörterung all dieser Fragen in den Versammlungen eurer Organisationen, vor allem der Gewerkschaften! Erzwingt einen gemeinsamen Kandidaten der Arbeiterschaft für die Präsidentenwahl!

Streik in Schweden.

d Stockholm, 18. Februar.

In der schwedischen Zellstoffindustrie steht ein Streik bevor, von dem 17 000 Arbeiter betroffen werden. Nachdem am Mittwoch die Tarifverhandlungen gescheitert sind und die Arbeitgeber die Löhne bedeutend herabgesetzt haben, erwartet man, daß die Arbeiter am 23. Februar in den Streik treten werden.

Erfolgreiche Abwehr.

Eine sechswöchige Aussperrung der Arbeiter im Heizungs-gewerbe in Köln hat jetzt mit einem Erfolg der Arbeiter geendet. Die Arbeitgeber wollten durch ein Lohndiktat den Lohn von 1,48 auf 1,10 Mark senken. Jetzt ist vor dem Schlichter für das Rheinland ohne Mitwirkung des Arbeitgeberverbandes mit den Firmen direkt eine Vereinbarung getroffen worden, nach der der Lohn auf Grund der Notverordnung auf 1,30 Mark die Stunde festgesetzt wird.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Bergedorf: Freitag, den 19. Februar, bei Bär, Holstenstr. 10 I. Beginn 20.15 Uhr. Thema: 1. Heraus mit der Parteipolitik aus den Gewerkschaften! Das „Volksblatt“ verleumdet den ISK. 2. Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl. Der verantwortliche Redakteur des „Volksblatts“ ist schriftlich eingeladen worden. Er erhält auf Wunsch mehrmals das Wort in der Aussprache.

Berlin: Montag, den 22. Februar, um 20 Uhr, im Hakenhof, Rosenthaler Str. 40/41 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: Thälmann — Hitler — Hindenburg? Was können wir noch tun für einen Einheitskandidaten der Arbeiterklasse? Leitung: Minna Specht.

Göttingen: Freitag, den 26. Februar, um 20.15 Uhr, im Volkshaus, kleiner Saal. Thema: Die Weltkriegsgefahr und die Arbeiterschaft.

Hamburg: Freitag, den 19. Februar, um 20.15 Uhr, im Volkshaus Eimsbüttel, Eichenstr. 61. Thema: Wie schaffen wir die Einheitsfront der Arbeiterklasse?

Kassel: Mittwoch, den 24. Februar, um 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Thema: Der ISK und die Reichspräsidentenwahl. (Kein Ausschank!)

München: Dienstag, den 23. Februar, um 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlingerstr. 67. Thema: Der Krieg im Fernen Osten. Seine internationale Bedeutung.

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

Die Dockarbeiter.

Drüben, auf dem andern Ufer war das, was sie den „Walzer der schwarzen Gespenster“ nannten.

Die vielen Säcke, die viele Arbeiter herangeschleppt hatten, wurden alle von Fidele gewogen. Die Wagenführer standen und warteten, bis ihre Wagen vollgeladen waren. Inzwischen schwatzten sie. Wenn ein Wagen wegfuhr, rückte der nächste heran, ohne daß irgend jemand ein Wort zu den Pferden zu sagen brauchte. Es rückte dann immer gleich die ganze Reihe vor — die Pferde waren es gewöhnt. Selten entstand ein leerer Raum in dem Zug der schwarzen Wagen, nur wenn ein altes Pferd einmal in Schlaf gefallen war, brauchte der Wagenführer zu rufen: „Holla, Jeanette, träumst du?“

Diesen schwarzen, schmutzigen Platz, auf dem der dicke Kohlenstaub lag, mieden die Spaziergänger und die Fischer.

Auf den schmalen Laufbrücken aber, die vom Land zu den Schiffen geschlagen wurden, balancierten immerzu schwarze Gestalten, die Dockarbeiter. Sie mußten — mit der Last der Säcke auf den Schultern — stark und gewandt sein für ihren ewigen Gang aus der Tiefe des Kahns bis hinauf zum Steg. Damit ihre Haut nicht durch die Kohlen-säcke zerrissen wurde, hatten sie sich Sackleinen auf den Rücken gelegt.

Einer unter ihnen hinkte. Die Leiter zu besteigen, war jedesmal schwer. Der Weg war lang. Und die letzte Sprosse der Leiter war so steil; daß er zögernd stehen blieb beim Hinaufsteigen. Er taumelte; dann holte er die anderen wieder ein. Auf dem Kai machte er Laufschrift, um Zeit zu gewinnen. Als er endlich den Sack abwarf, schien es, als ob er mit dem Sack seine letzte Kraft weggeworfen hätte. Er legte sich mit dem Rücken auf die Erde — die Hände auf den Knien — und stützte den blassen Kopf gegen die Steinkohlen. Der Boden, auf dem er lag, war festgetreten und daher hart wie Asphalt. Er wurde vom Frost geschüttelt. Es ging nicht mehr. Er schloß die Augen. Von hinten her schoben sich Berge von Kohlen auf ihn zu; glitzernde Säcke polterten herab und zerschmetterten im Fallen die dicken Eisenbahnriemchen...

Die Kollegen arbeiteten unterdessen weiter; sie wußten, was mit ihm los war; zu oft hatten sie das Gleiche erlebt.

Sie arbeiteten etwas schneller, vermehrten ihre Schritte. Einer weniger in der Mannschaft — gut, das sollte nicht zu merken sein. Das 280 Tonnen schwere Schiff war ja fast entladen. 5600 Säcke hatten sie an diesem Abend, einen nach dem andern, schon aus dem Bauch des Schiffes herausgeholt.

Die Leute unten im Schiff, die die Säcke füllten, merkten überhaupt nicht, daß der Hinkende fehlte. Wie immer, verschwanden die Säcke, wenn sie voll waren. Jeder wußte genau, wie lange es dauerte, bis Einer hinabstieg, wieder auf dem Deck erschien. Ein Ruck, und der Sack war oben. Das Brett krachte, wenn sie sich mit den Säcken auf die Erde fallen ließen. Und schon sah man einen anderen die Leiter emporsteigen.

Unter dem Schuppen wuchsen die Haufen von Säcken. Der Weg erschien einem nicht mehr so lang. Wenn man einen Weg tausendmal wiederholt, muß es ja schließlich eine volle Lohntüte geben!

„Man müßte ihn eigentlich aufrütteln.“

„Denn sie mußten seinetwegen einen Umweg machen.“

Aber er war noch nicht lange bei ihnen; und es war schon für die Alten, Gewohnten schwer.

Ein langer, kräftiger Kerl, der fortwährend Tabak kaute, was sein schielendes Gesicht noch mehr verzerrte, packte den Schlafenden kurzerhand und schleifte ihn durch den Staub aus der Gefahr. Die Genossen nannten ihn „Ziehhund“. Warum sie ihm diesen Namen gegeben hatten, wußte niemand.

Das Schleifen über den Boden geschah nicht gerade sanft. Die Jacke des Schlafenden war dabei verrutscht, und sein Rücken war über das Pflaster gezerrt worden. Lange betrachtete „Ziehhund“ das Gesicht des erschöpften Kollegen. Dann sagte er nachdenklich: „Er muß doch auch essen, wie wir.“

Die Rundo ging daneben weiter. Mit sechsen war die Ausladung begonnen worden, mit sechsen müßte die Arbeit beendet und für sechse müßte auch bezahlt werden, ohne daß der Chef davon erfuhr, daß einer von ihnen einige Stunden gefehlt hatte. Mit doppelter Anstrengung mußten sie das Versagen des einen gutmachen. Sie taten es, weil es der letzte Tag war. Wäre es ein anderer Tag gewesen, sie hätten es nicht geschafft. Sie hatten es schon so schwer genug, sich ihr Brot zu verdienen. Man kann da nicht noch

für einen anderen mitschuffen, für zwei verdienen. Das wäre gegen alle Regeln. Sonst würden die Proleten zu viel verdienen, und die Herren würden keine guten Geschäfte machen...

„Ziehhund“ wußte schon lange um den wunden Punkt bei den Kollegen; er zeigte sich in ihrem Unwillen gegen den Erschöpften. Solidarität hätte sie wie ein Band zusammenhalten können, wie eine Kette zusammenschmieden sollen; aber nichts war zu spüren. Es war eben Krieg; nicht alle hatten Arbeit, und jeder suchte sich das Beste aus dem ganzen Dreck; keiner war zufrieden.

Die andern machten ihre Runde weiter ohne „Ziehhund“; aber sie wurden unwirsch, weil wieder einer die Runde verlassen hatte, und noch dazu der Vorarbeiter, der mehr als sie selber verdiente. Daß der sich nun auch noch verschaupte!

„Ziehhund“ verstand ihre Blicke.

Er betrachtete sie hart. Diese Kerls! Er ging auf sie zu, dann ging er wieder zu dem Erschöpften zurück, stützte dessen Kopf auf einen Sack und deckte seinen Mantel über den Schlafenden.

Dann stürzte sich „Ziehhund“ in die Arbeit. Er war wieder ein Glied in der unendlichen Kette, die vom Kahn zum Schuppen, vom Schuppen zum Kahn lief, und immer in Bewegung war. Immer wieder ging es ihm durch den Kopf: „Er muß doch essen wie wir — er ist doch ein Mensch. Aber wenn man es ihnen sagt, kriegt man noch eins in die Presse.“

Als die Sirene gellte, um 12 Uhr, schleifte der große, lange Kerl die letzten Säcke herauf, die noch im Schiff geblieben waren. Die Kameraden hatten schon mit der Arbeit aufgehört, waren essen gegangen. Erst als er meinte, daß er genug getan hatte, hörte er auch auf. Es gab keine Faulpelze bei den Dockarbeitern, es gab aber welche mit feigem Herzen.

„Ziehhund“, ist das eigentlich ein Name für einen solchen Mann? „Ziehhund“ ging noch einmal weg und kam nach einem Augenblick zurück. Er hatte Proviant geholt. Er weckte den erschöpften Kollegen, brach ihm ein Stück Brot ab; er bot ihm die Wohltat, das Beglückende einer Freundschaft.

(Übersetzung aus dem Buch von TRISTAN REMY: „Sainte-Marie des Flots“.)

Informationsabend für Betriebsräte.

Der nächste arbeitsrechtliche Informationsabend für Betriebsräte findet statt am Dienstag, dem 23. Februar, um 19 Uhr, im Saal 3 bzw. 5 des Gewerkschaftshauses, Engel-fer 24/25.

Leiter des Abends ist Dr. Ernst Fraenkel, Zutritt haben alle freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen. Vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich. — Hörerbeitrag wird nicht erhoben. Die nächsten Informationsabende sind geplant für den 8. und 22. März.

Erfreuliches von der „Naturfreunde“-Jugend.

Ffm. Der Gau Hessen der „Naturfreunde“-Jugend nahm vor kurzer Zeit ein Aktionsprogramm an, das recht erfreuliche Sätze enthält.

Als eine Kampftruppe des Proletariats fordert die „Naturfreunde“-Jugend nicht nur den Kampf gegen jedes Konkordat, sondern auch den Austritt aus der Kirche. — Aus der Erkenntnis heraus, daß der Kampf gegen den Faschismus einheitlich von der gesamten Arbeiterklasse geführt werden muß, lehnt sie jede Zerstückelung der überparteilichen Organisationen des Proletariats grundsätzlich ab.

Zum Bierstreik.

k Hamburg, 17. Februar.

Der Brauerei-Vorband hat am Dienstag und Mittwoch je rund 200 Arbeiter entlassen, die infolge des Bierstreiks keine Beschäftigung mehr haben.

132 Attentäter nicht im Parlament, sondern auf dem Kongreß der Syndikalisten.

In unserem Bericht über die „Kundgebung für die spanische Revolution“, vom 9. Februar, ist ein Irrtum unterlaufen. Genosse SOUCHY macht uns freundlicher Weise darauf aufmerksam. Die 132 Attentäter, von denen ROCKER gesprochen hat, sind nicht Mitglieder des Parlaments — was jeder Revolutionär bedauern wird —, sondern haben an dem Kongreß der spanischen Syndikalisten teilgenommen, der im vorigen Sommer in Madrid getagt hat. Genosse SOUCHY schreibt uns, daß die Mitglieder des spanischen Parlaments „sicherlich dagegen Verwahrung einlegen würden, wenn eine „Bande“ von 132 Attentätern unter ihnen säße.“

Aus den Parlamenten.

Zur Fürstenabfindung.

h Berlin, 17. Februar.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde unter Ablehnung aller weitgehenden Anträge der Linken mit 15 gegen 6 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Landvolks ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die wiederkehrenden Leistungen an ehemalige Fürsten und Mitglieder standesherrlicher Familien in Angleichung an die Notverordnung vom 24. August 1931 herabgesetzt werden können, wenn sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Vergleiche usw. zu Ungunsten des betreffenden Landes verändert haben. Die endgültige Entscheidung über die Herabsetzung trifft eine aus je einem Vertreter der Reichsministerien des Innern, der Justiz und der Finanzen bestehende Reichsschiedsstelle, die beim Reichsinnenministerium zu bilden ist.

Kirchen bevorzugt.

h Berlin, 17. Februar.

Bei der zweiten Lesung des Reichsstädtebaugesetzes im Wohnungsausschuß des Reichstages entwickelte sich eine längere Auseinandersetzung über die Stellung der Religionsgesellschaften. Es handelte sich um die vorgesehene Enteignung von Grundstücken der öffentlichen Körperschaften, gemeinnützigen Anstalten, religiösen, wissenschaftlichen und mildtätigen Vereinigungen usw., bei denen die Enteignung

nur mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde möglich ist. Mit den Stimmen sämtlicher im Ausschuß vertretenen bürgerlichen Parteien wurden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten Anträge angenommen, die Enteignung von Grundstücken, die ausschließlich religiösen Zwecken dienen und z. B. nicht Wirtschaftsland, Aecker, Pacht- und Klostergüter sind, nicht zuzulassen.

Spontane Einheitsfront.

a Darmstadt, 17. Februar.

Der nationalsozialistische Abgeordnete LENZ teilte im hessischen Landtag mit, daß 30 Nationalsozialisten in Bretzenheim von Kommunisten überfallen worden seien und erklärte, Hessen treibe unter der im Amt befindlichen Regierung in den Bürgerkrieg. Als dann der parteilose frühere kommunistische Abg. GALT äuferte, man müsse sich bald schämen, hessischer Abgeordneter zu sein, erhob sich ungeheurer Tumult auf der Rechten des Hauses. Eine Anzahl Nationalsozialisten drang gegen die Rednertribüne vor. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten stellten sich geschlossen vor GALT.

Barbaren-Rüstung auch in Baden.

a Karlsruhe, 17. Februar.

Im badischen Landtag bekam der Zentrumsabgeordnete HILBERT das Wort zu einer persönlichen Erklärung, weil er in der Dienstsitzung HITLER einen österreichischen Deserteur genannt hatte. HILBERT sagte, die ihm wegen dieser Bemerkung von dem nationalsozialistischen Abgeordneten KRAFT zugerufenen Worte „Schwein, Lump“, könne er nicht ernst nehmen, da für den Abgeordneten KRAFT der § 51 in Frage komme. Der Abgeordnete KRAFT ging zu HILBERT und gab ihm eine Ohrfeige. HILBERT stürzte sich auf KRAFT und warf ihn zu Boden. Im Augenblick war eine allgemeine Schlägerei im Gange.

Aehnliche Meldungen liegen vor aus dem Braunschweiger Landtag („Mörder“, „Verbrecher“, „Kein Parlament — ein Saustall!“) und aus der Königsberger Stadtverordneten-Versammlung („Blutige Ohrfeige in der Königsberger Stadtverordneten-Versammlung“).

Aus dem Lager der Reaktion.

Zentrum und nationale Opposition.

h Berlin, 17. Februar.

In einem Aufruf „Zur Volkswahl HINDENBURG“ erklärt der Vorsitzende der Deutschen Zentrumsgruppe, Reichstagsabgeordneter KAAS: „Gegenüber der Heldengestalt HINDENBURGS sinken seine parteipolitisch gekürten und parteipolitisch belasteten Gegenspieler zur Bedeutungslosigkeit herab. Verhetzung und Demagogie ist ihr Weg zur Macht, Unfähigkeit und Gewalttätigkeit ist ihre Betätigung im Besitze der Macht.“

Hitler empfiehlt sich als Regent.

1 München, 17. Februar.

HITLER erläßt in der „Nationalsozialistischen Korrespondenz“ einen Aufruf an alle Deutschen, die Sicherstellung der deutschen Ernte 1932 als eine ihrer vornehmsten Aufgaben zu betrachten. Wer jetzt die Durchführung der sachgemäßen Frühjahrsbestellung gefährde, begehe Verrat am deutschen Volk. Eine kommende nationalsozialistische Regierung werde alle Maßnahmen ganz besonders schützen, die von Landwirten und anderen Stellen jetzt getroffen würden, um die Frühjahrsbestellung in ungeschänkter Form durchzuführen. Eine nationalsozialistische Regierung werde außerdem eine Prüfung aller Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke durchführen, die nach dem Tage der Bankkatastrophe vom 13. Juli 1931 vorgenommen worden seien.

Um Hitlers Einbürgerung.

Wie die Telegraphen-Union aus Braunschweig meldet, verlangte bei den Haushaltsberatungen im braunschweigischen Landtag am Mittwoch der sozialdemokratische frühere Finanzminister Dr. JASPER von Minister KÜCHENTHAL die Abgabe einer Erklärung, daß er nicht daran denke, HITLER einzubürgern. Von einer Antwort KÜCHENTHALS, der in der Landtagsitzung anwesend war, meldet die Telegraphen-Union nichts.

Unterstützungsrichtsätze für März.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit:

- Für März 1932 gelten folgende Unterstützungsrichtsätze:
- a) in der gehobenen Fürsorge:
- für Alleinstehende 42,— M
 - für Ehepaare u. s. w. 59,50 M
 - für jedes Kind unter sechs Jahren 12,— M
 - für jedes Kind im Alter von 6 bis zu 16 Jahren 14,— M
- b) in der allgemeinen Fürsorge:
- für Alleinstehende 35,— M
 - für Ehepaare u. s. w. 52,50 M
 - für jedes Kind unter sechs Jahren 12,— M
 - für jedes Kind im Alter von 6 bis zu 16 Jahren 14,— M

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 19. Februar.

Berlin:

17.40 Junge Menschen sprechen über den Film „Es lebe die Freiheit“, von RENE CLAIR.

18.30 Landgerichtsrat von HOLTEN: Am Wendepunkt der Strafrechtspflege? (Vergleiche dazu den Artikel „Fort mit der Todesstrafe!“ in Nr. 29 des „Funkens“.)

Hamburg:

18.55 Gespräch zwischen Prof. LEHMENSIEK und einigen Studenten der Pädagogischen Akademie Kiel über Erziehungsfragen.

Königswusterhausen:

11.30 Für praktische Landwirte: Fragen der genossenschaftlichen Organisation.

18.00 DR. FRITZ TANZLER: Die soziale Krise in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Wien:

19.35 „Missa solennis“ von BEETHOVEN.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

Sonnabend, den 20. Februar.

Königsberg:

18.25 N. PRINZ: Weltmarktberichte.

Königswusterhausen:

18.30 Prof. WUNDT: Die geistigen Grundlagen des neuen Nationalismus.

Langenberg:

18.20 Dr. LEHMANN: Das Krümpersystem, ein neuer Versuch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Presserundschau.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2,— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer.

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: International. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 86, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über

Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT:

Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDEN:

Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschert:

England: Die Bilans von 10 Jahren.

Holland: Das konfessionelle Schulwesen.

Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.

Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes Preis monatlich 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothhauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebot!

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 5 42

Arbeiterkinderhelm

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1,— M.

Etty Gräffe

Apfelsaft

naturrein und ungegoren, hervorragend zur Frühjahrskur, bestes Tafelgetränk

10 Flaschen RM 5,40

Versand per Bahn

Frischkost-Reformhaus

Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Imperialisten

nutzen die Schwäche Chinas, um ihr Räuberhandwerk zu rechtfertigen.

Sozialisten

müssen wissen, wo die Ursachen dieser Schwäche liegen und wie man sie beseitigen könnte.

Lest dazu das anerkannt zuverlässige China-Buch, das von einem Chinesen und einem Deutschen geschrieben wurde:

4600 Jahre China.

Seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse.

Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel:

141 Seiten. Mit einer Landkarte und drei Tafeln. Broschiert 3,— M. Ganzleinen 4,50 M.

Das Buch kann bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag. (Postscheckkonto Hannover 60 643.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Freunde und Leser des „Funkens“!

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Rechts und links.

Wenig überzeugendes Dementi Groeners.

h Berlin, 17. Februar.

In der Presse (auch in der französischen) ist die Meldung verbreitet worden, daß auf dem Truppenübungsplatz Döberitz Nationalsozialisten militärisch ausgebildet würden. Das Reichwehrministerium teilt dazu folgendes mit: Die Erlaubnis, den Truppenübungsplatz Döberitz zu benutzen, ist nur unpolitischen Vereinen erteilt worden, und zwar zu Geländespielen. Auf die erste Meldung hin, daß der Truppenübungsplatz von den Nationalsozialisten zu militärischen Übungen benutzt werde, ist sofort eine Untersuchung eingeleitet worden, die ergeben hat, daß der Verein für Deutschen Volkssport, der angeblich nationalsozialistisch ist, in keiner Weise in Döberitz militärisch ausgebildet wurde. Sollte es sich herausstellen, daß dieser Verein politisch aufgegriffen ist, so würde die Erlaubnis zu Geländespielen in Döberitz widerrufen werden.

Sicher ist nach diesem Dementi nur das eine, daß der Verein für Deutschen Volkssport die Erlaubnis zu „Geländespielen“ auf dem Truppenübungsplatz Döberitz erhalten hat. Frage an Herrn GROENER: wodurch unterscheiden sich „Geländespiele“, zu deren Veranstaltung man eines Truppenübungsplatzes bedarf und bei denen der Truppenübungsplatz in einer Weise benutzt wird, zu der besondere Erlaubnis erteilt werden muß — wodurch unterscheiden sich solche „Geländespiele“ von der Betätigung, die GROENER in seinem Erlaß über die Wehrverbände (vom 29. Januar) „als zwecklose Soldatenspielererei“ abgelehnt hat?

Die andere Seite.

h Bremen, 17. Februar.

Am Mittwoch wurden durch Beamte der politischen Polizei mehrere angeblich linksradikale Personen wegen Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen. Die Polizeidirektion erklärt auf Anfrage, daß sie zur Zeit nicht in der Lage sei, nähere Einzelheiten mitzuteilen, da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind und die Angelegenheit noch weitere Kreise zieht.

Das sozialdemokratische Krisenprogramm.

Die Reichstagsfraktion der SPD hat im Reichstag einen Gesetzentwurf über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaus eingebracht, ferner einen über die Umgestaltung der Hauszinssteuer. Beide sollen dazu dienen, dem Wohnungsbau aufzuhelfen.

Die Mittel sollen zum Teil dadurch beschafft werden, daß die Hauszinssteuer in eine öffentliche Rentenschuld umgewandelt wird; die Rentenschuld soll 20 Jahre lang laufen und dem Inflationsgewinn der einzelnen Hausbesitzer genau angepaßt werden und dadurch einen höheren Ertrag ergeben als die Hauszinssteuer. Die kleinen Hausbesitzer sollen dabei geschont werden. — Weitere Mittel sollen beschafft werden durch Auflegung einer Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung, die gehamstertes Bargeld hervorlocken soll. Wie das geschehen soll, darüber wird wohl der weitere Gesetzentwurf Klarheit bringen, den die SP-Fraktion demnächst vorlegen will.

„Glücks“-Spiel-Gemeinheit.

Eine Ausplünderung der Arbeitslosen.

B. R. Es gab bis vor kurzem in den Gaststätten und Vergnügungslökalen Frankfurts a. M. schätzungsweise 400 Glücksspiel-Apparate, an anderen Orten Deutschlands werden wahrscheinlich verhältnismäßig ebenso viele gewesen sein. Diese Apparate bestehen aus drei Walzen, die durch den Einwurf eines Zehnpfennigstückes in Bewegung gesetzt werden. Aufgabe des Spielers ist es, die mit Früchten bemalten Walzen so zum Stillstand zu bringen, daß bestimmte Fruchtzusammenstellungen dabei herauskommen. Demjenigen, dem dies gelingt, winkt ein Gewinn bis zu 2,40 Mark. 2,40 Mark für 10 Pfennige! Das Geschäft florierte ausgezeichnet — für die Besitzer und für die Wirte, die, wie bekannt geworden ist, zum Teil täglich bis zu 20 Mark Provision aus dem Spiel

DIE HENKER

Von Henri Barbusse

(Copyright by Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin.)
(Schluß.)

Dieser Prozeß ist am 8. März mit 27 Todesurteilen in contumaciam zu Ende gegangen. Unter LJAPTSCHEW ist die Ermordung der früheren Minister KYRILL PAWLOW und P. JANEW legalisiert worden. Sie waren im Jahre 1925 freigesprochen, aber mehrere Monate lang in den unterirdischen Gefängnissen der allgemeinen Sicherheit in Sofia gefangen gehalten worden. Dort sind sie am 17. April 1925 lebendig verbrannt worden. Damit war die Sache erledigt. LJAPTSCHEW hat das Verfahren wieder aufgenommen, um die beiden Märtyrer „in contumaciam“ aburteilen zu lassen, und man hat sie zum Tode verurteilt. — Am 24. April 1926 endete das Verfahren gegen das alte Komitee der kommunistischen Jugendbünde mit vier Todesurteilen. Die Gerichte sind mit einer großen Anzahl von Prozessen gleicher Art beschäftigt.

Ich weise darauf hin, daß ganz neuerdings folgende Personen ermordet worden sind: Der Agrarier KOSTA YURKOFF, der Agrarier IWAN SPASSOFF. Aus dem „Zora“-Erfahren wir, daß zwei verhaftete Bürger wegen „Fluchtdachts“ getötet worden sind. Der in Sofia verhaftete IWANOFF ist unter Schlägen verendet. TRAIKUSKY aus Borina ist verschunden. Nach dem Kongreß der Syndikate hat man versucht, JORDAN MITEZ, den Sekretär der unabhängigen Syndikate, zu ergreifen, und die faschistische Gruppe Guerilla hat, wie man sagt, neun der hervorragendsten Vorkämpfer der unabhängigen Syndikate zum Tode verurteilt.

Ich stelle ferner fest, weil es eine Tatsache ist, daß die von LJAPTSCHEW als Gabe aus dem erfreulichen Anlaß seines Regierungsantritts gewährte Amnestie hauptsächlich den Mördern und Dieben zustatten gekommen ist, während sie auf politische Vergehen nur ganz besonders beschränkte Anwendung gefunden hat. Zahlreiche politische Opfer, ungefähr

Die Rolle des Senats in Frankreich

G. K. Paris, 15. Februar.

Durch die Parlamentsbeschlüsse zur Reform des Wahlrechts ist das Verhältnis von Deputiertenkammer und Senat in Frankreich wieder einmal in den Vordergrund des Interesses gerückt. Denn Deputiertenkammer und Senat befinden sich oft in Widerstreit zu einander, und dieser Gegensatz hat schon vielfach zur Verhinderung von Gesetzesmaßnahmen oder gar zum Sturz von Ministerien geführt. Der französischen Verfassung von 1875 gemäß ist zur Annahme eines Gesetzes die Zustimmung beider Kammern notwendig. Auch bedarf die Regierung, um im Amte zu bleiben, des Vertrauens beider Kammern. Regierungsmaßnahmen sind also in Frankreich in besonders weitgehendem Maße von dem Zusammenwirken beider Kammern abhängig. In der Tat ist es vorgekommen, daß Gesetzesvorlagen jahrelang zwischen den beiden Kammern hin und her gegangen sind, ohne daß sie mangels der Übereinstimmung von Senat und Deputierten, zu Gesetzen werden konnten.

Daß diese Kluft zwischen den beiden Kammern sich immer wieder bemerkbar macht, ist nicht zufällig. Die französische, republikanische Verfassung wurde 1875 mit nur einer Stimme Mehrheit angenommen und dies nur darum, weil sich die gegnerischen Monarchisten nicht einig waren. In Wahrheit bestand die verfassungsgebende Versammlung, deren Wahlen noch unter dem Eindruck der Ereignisse der Pariser Kommune standen, zur Mehrheit aus Monarchisten, hauptsächlich Anhängern zweier einander feindlicher Zweige des Königshauses der Bourbonen. Diese beiden Gruppen konnten sich nicht einigen, und dies verschaffte den Republikanern 1875 die Mehrheit von einer Stimme. Um aber für die Zukunft die Wiederaufrichtung eines Königsreiches in Frankreich leicht zu machen, schufen die Royalisten den Senat, der aus indirekten Wahlen hervorgeht; eine von Delegierten der Provinzial- und Gemeindevertretungen zu wählende Körperschaft mit den oben beschriebenen Vollmachten; und zwar finden alle drei Jahre Neuwahlen je eines Drittels der Senatoren statt. Die Royalisten rechneten damals darauf, daß sie im Senat eine wichtige Stütze haben würden: Die Art des Wahlverfahrens und die Länge der Amtsdauer entziehen in der Tat den Senat in höherem Maße dem Einfluß der Volksabstimmung und -stimmung; wer gewählt werden will, braucht fast neun Jahre lang nicht daran zu denken, was er als Senator tun muß, um wiedergewählt zu werden. Dies hat zur Folge, daß die Ansichten der Senatoren weitgehend gemäßigt sind und meist weit hinter den Veränderungen der sogenannten öffentlichen Meinung zurückbleiben. Allgemein gilt die Ansicht, daß die Senatoren 25 Jahre hinter ihrer Zeit zurück

sind. Diese besondere Eigenart des Senats, auf die die Royalisten damals vergeblich gesetzt hatten, wird jetzt der Rechten zum Verhängnis.

Denn der Senat hat in der Tat die Konsolidierung der Macht der Rechten während der jüngstvergangenen Jahre nicht mitgemacht. Er stellt noch die besonders in der Provinz zu Anfang des Jahrhunderts oder doch zum mindesten gleich nach dem Weltkriege vorherrschenden Meinungen dar. Und diese Meinungen gründen sich in erster Linie auf die „laïcité“ (die Weltlichkeit), also die Gognerschaft zur katholischen Kirche, auf den gemäßigten Liberalismus und die Abneigung gegen alle gewagten Experimente, z. B. auch gegen eine chauvinistische Außenpolitik. Dadurch aber befindet sich der Senat geradezu im Gegensatz zu all dem, was die gegenwärtige Regierungsmehrheit in der Deputiertenkammer vereinigt. Diese Mehrheit liebäugelt mit der katholischen Kirche; sie vertritt die Interessen der Bank von Frankreich und der großen industriellen Konzerne, insbesondere der Schwerindustrie; sie betreibt eine Außenpolitik, die bedenklich an die POINCARÉS erinnert. Der Senat, von dessen 314 Mitgliedern 150 der Demokratischen Linken (den Radikalsozialisten), 34 der Demokratischen und Radikalen Union (ebenfalls einer liberalen Gruppe, die aber weiter rechts steht als die Radikalsozialisten), 15 der Sozialistischen Gruppe (vor dem Ausscheiden PAUL — BONCOURS: 16) angehören, befand sich daher fortwährend in Kampfstellung gegenüber der Regierung.

Die Regierungsmehrheit in der Kammer pflegt in den Verhandlungen mit dem Senat das Mittel des Kuhhandels anzuwenden. Sie beschließt neben den Maßnahmen, an denen ihr gelegen ist, andere, sehr weitgehende, die sie dann bei den Verhandlungen mit dem Senat preisgibt, um das für sie wesentliche einzutauschen. Darin liegt auch die Erklärung dafür, daß sie in der vergangenen Woche neben der Beseitigung des zweiten Wahlganges, an der ihr lag, das Frauenwahlrecht und den Wahlzwang beschloß, Maßnahmen, an denen ihr in Wahrheit nichts gelegen ist, die sie vielmehr nur als Verhandlungsobjekt mit dem Senat verwenden wollte.

Die augenblickliche Nichtübereinstimmung von Kammer und Senat beruht also darauf, daß der, stabile Senat nur wenig berührt worden ist von der Schwenkung in der Richtung auf den Klerikalismus, Nationalismus und die Herrschaft der Schwerindustrie, die sich seit dem Sturz der Regierung HERRIOTS in der großen Presse, des von ihr beeinflussten Teils der öffentlichen Meinung und den Regierungskreisen vollzogen hat.

bezogen haben. Die leidenschaftlichsten Spieler aber waren in der Regel Arbeitslose, die ihre wenigen Groschen Unterstützung opferten, um in den Besitz des hohen Gewinnes zu kommen. Sie wurden buchstäblich beraubt. Denn nur ganz merkwürdig selten kam es vor, daß ein Treffer erzielt wurde. Schließlich drängte sich der Gedanke auf, daß die Apparate so konstruiert sein müßten, daß nur bei dem Zusammentreffen vieler ganz besonderer Glücksumstände einmal ein Treffer zu stande käme. Die Kriminalpolizei wurde aufmerksam gemacht, und es stellte sich heraus, daß die Gewinnaussichten bei diesen Apparaten prozentual kaum zu errechnen sind, so gering sind sie.

Die einzige „Strafe“ für die Besitzer und die Gastwirte, die sich in so gewisserloser Weise die Verzweiflung und das Elend der Arbeitslosen zunutze zu machen verstanden: die „rentablen“ Apparate wurden verboten.

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt die Notiz unter der Überschrift: „Arbeitslose verspielen ihr Geld!“

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 25. Februar erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungs-Gebühren. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M., zuzüglich 36 Pf. Bestellgeld.

Vertrauensvoll in Hugenbergs Hand.

h Berlin, 17. Februar.

Der heutigen Sitzung des Vorstandes der DNVP wohnte der in den Parteivorstand gewählte Prinz OSKAR von Preußen erstmalig bei. HUGENBERG begrüßte ihn auf das herzlichste und wertete seine Zugehörigkeit zum Parteivorstand als ein sichtbares Zeichen der engen und treuen Verbundenheit der Deutschnationalen Volkspartei mit dem Hause Hohenzollern.

Ueber den Präsidentschaftskandidaten wurde kein Beschluß gefaßt. Der Vorstand erklärte einstimmig, daß er alle weiteren Entscheidungen in der Frage der Reichspräsidentenwahl vertrauensvoll in die Hand von Dr. HUGENBERG lege.

Sanierung der Kreditbank in Norwegen.

Der Storting hat am Mittwoch mit 102 gegen 46 Stimmen den Regierungsvorschlag angenommen, wonach Norges Bank ermächtigt wird, der Norske Kreditbank und Bergens Privatbank das nötige Betriebskapital zu geben. Nur die Arbeiterpartei stimmte gegen den Vorschlag. Die Höhe des erforderlichen Kapitals für jede Bank steht noch nicht fest. Der Antrag der Arbeiterpartei auf Errichtung einer Devisenzentrale und eines Staatlichen Finanzrates ist mit allen bürgerlichen Stimmen abgelehnt worden.

tausend, sind im Gefängnis geblieben, besonders die drei Franzosen, Herr und Frau LEGER und Frau NICOLAWA, die ungerechter Weise zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden waren. Hinsichtlich der Art, wie die amnestierten Verbannten, wenn sie zurückkehren, aufgenommen werden, sei darauf hingewiesen, daß dreizehn aus der Gegend von Küstendil Ausgewanderte gleich nach ihrer Rückkehr zum häuslichen Herd massakriert worden sind; daß anderen aus der Gegend von Burgas, dank einem sie denunzierenden hetzerischen Artikel des Generals JOSTOFF in dem Regierungsblatt „Slovo“, dasselbe Schicksal zweifellos bevorsteht, und daß noch andere Gogenstand von Bedrohungen, Quälereien und Grausamkeiten sind; daß der amnestierte KABATSCHEFF verhaftet worden ist, weil er zu entfliehen versuchte.

Tyrannische Maßnahmen, welche die Behörden getroffen haben. — In Gabrowo wurden die Führer der Bauernschaft auf die Unterpräfektur bestellt; man verbot ihnen unter sehr nachdrücklichen Drohungen, sich für die Wahlen aufstellen zu lassen.

Der Abgeordnete von Warna, TSCHERNEW, hat an den Minister des Innern, LJAPTSCHEW, telegraphiert, um ihn von Akten „unerhörten Regierungsdrucks“ in Kenntnis zu setzen. „Die Polizeibeamten, Agenten, Gendarmen, der Sekretär der Präfektur, sowie andere Beamte verbieten die Bauern-Liste und bedrohen die Bauern.“ TSCHERNEW setzt hinzu: „Wir bitten Sie, selbst Ihre Gemeindevorsteher zu bestimmen. Wir wollen keine Wahlen.“

In Suschitza wurde den bekannten Mitgliedern der Opposition verboten, während der Wahlen auszugehen.

In Lowetsche erging ein Verbot der Teilnahme an den Wahlen auf Grund der Liste der Bauern-Vereinigung.

In Baldji-Omur fanden während der Nacht des 20. Februar Durchsuchungen in den Häusern angesehener Landloute statt, um ihnen Listen und Stimmzettel wegzunehmen. Am Wahltage wurde das Wahllokal durch bewaffnete Polizei gesperrt und den Bauern der Zugang nicht gestattet.

In Koschawa wurde das Haus, in dem die Wahl stattfinden sollte, vom Tage vor den Wahlen an mit Stacheldraht

umgeben und des Morgens von zehn Polizisten bewacht. Alle Bauern wurden durchsucht. Man nahm ihnen die Stimmzettel der Bauernpartei ab und ersetzte sie durch solche der Regierungspartei.

In Baldji-Omur wurde am Wahltage die Bauernliste vernichtet. Die Bauernkandidaten wurden durch den Gendarmen der Unterpräfektur von Popovo, DIMITRE MARINOFF, auseinandergetrieben. Darauf umgaben die Förster IWANOFF und DRAGOSCHINOFF mit gezogenem Säbel und unterstützt durch Milizsoldaten das Haus, in dem die Wahlen vorgenommen wurden und verhinderten die Bauern am Eintritt.

In Kun Bunar ließ der Kommissar der Unterpräfektur, BOGDANOFF, in Begleitung von Gendarmen das Wahllokal besetzen. Um 5½ Uhr nachmittags ließ er alle Führer der Oppositionspartei zu sich rufen und bedrohte sie mit Verhaftung. Er hat die Aufstellung einer Liste der Opposition untersagt. Die Mitglieder des Wahlbüros wurden durchsucht. Der Kommissar hat 270 Bürger ihres Wahlrechts beraubt, und nur 130 haben gestimmt. Aus diesem Anlaß ist ein eingehend begründeter Protest erhoben worden.

In verschiedenen Gemeinden haben die Gemeindevorsteher vor den Wahlen willkürlich bestimmt, daß alle Wahllokale 18–20 Stunden lang geschlossen bleiben sollten, und alle Ansammlungen der Bürger verboten, besonders in Borowan, in Orlandowtzi und in Beli-Mel.

NIKOLA KRSTEW, Gemeindevorsteher von Strowo, hat befohlen, daß bis auf weiteres alle Bürger nach sieben Uhr zu Hause sein sollten. Er hat ferner in seiner Verordnung bestimmt, daß auch in den Häusern eine Versammlung von mehr als zwei Personen als Bildung heimlicher Verbände, welche gegen die Staatssicherheit gerichtet sind, angesehen werden würden, und daß die Veranstalter nach Maßgabe des Gesetzes zur Sicherheit des Staates abgeurteilt werden würden.

In Somerdjiewo wurde das ganze Dorf während der Wahlen in Belagerungszustand versetzt. Der Gemeindevorsteher hat bei den Sozialisten Haussuchung gehalten, ihnen die Stimmzettel weggenommen und die Mehrzahl von ihnen aus dem Bezirk verwiesen.

Vogel-Strauß-Politik auch in den U.S.A.

Auf der soeben beendeten Tagung des Bundes-Ausschusses des ADGB wurde die amerikanische Kreditausweitung von TARNOW als Vorbild genannt. Wir nehmen das zum Anlaß, um heute und in einem demnächst folgenden weiteren Aufsatz die amerikanische Politik der Krisenbekämpfung kritisch darzustellen.

Die Fehler der deutschen Wirtschaftspolitik im Spiegel der amerikanischen Politik.

Durch die nunmehr vom amerikanischen Kongreß beschlossene Gründung der Reconstruction Finance Corporation (der Wiederaufbau-Gesellschaft) ist die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten in ein neues Stadium getreten. Es handelt sich hier um einen Schritt, der noch vor wenigen Monaten als unerhört, als sozialistisch, bolschewistisch verschrien worden wäre, — um einen Schritt von großer Tragweite für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten und damit für die internationale Wirtschaft.

Dieser Schritt bedeutet die Wiederholung von Fehlern, wie sie in der Union schon seit fünf Jahren gemacht werden; nur übersteigen Ausmaß und Organisation des neuen Schrittes die bisher in Betracht gekommenen Grenzen. Diese Fehler sind von der gleichen Art wie die in Deutschland gemachten. Wir können also die deutsche Vogel-Strauß-Politik, die wir in unserem Leitartikel vom 10. Februar besprachen, im Spiegel der amerikanischen Verhältnisse wiedererkennen.

Konjunkturpolitik 1927—29.

Schon 1927 haben die Amerikaner versucht, Konjunkturpolitik durch Kredit-Ausweitung zu treiben. In den Jahren 1926—27 sanken die Preise in Amerika. Da gleichzeitig auch die Kosten sanken, so bedeutete der Preisrückgang in Wahrheit keinen Nachteil für die Konjunktur. Im Gegenteil wäre eine fortgesetzte Ermäßigung der Preise nötig gewesen, um die infolge von Rationalisierung gesteigerte Produktion reibungslos abzusetzen.

Aber um der privatwirtschaftlichen Wünsche mächtiger Interessenten willen setzte man eine Politik der „Geld-Verbilligung“ in Gang. Sie führte zwar nicht in erster Linie unmittelbar zu vermehrten Krediten an die Industrie, die in solchen Fällen durch Ausbau ihrer Produktionsstätten und Ausdehnung ihrer Lager die Nachfrage nach Waren zu beleben und somit die Preise wieder in die Höhe zu treiben pflegt. Wohl aber wurde die Preissteigerung größtenteils mittelbar erzielt.

Einmal reizte der billige Zinsfuß, zu dem Kredite zu haben waren, die Börsenspekulation an. Infolge des gutgehenden Geschäftes waren im Verlauf der Jahre 1925/26 die Gewinne und infolgedessen auch die Aktienkurse gestiegen. Durch die Ermäßigung der Zinssätze wurden weite Kreise verlockt, sich Aktien auf Kredit zu kaufen. Die Börsen-Kredite stiegen von 3140 Millionen Dollar Anfang 1927 auf 8550 Millionen Dollar im September 1929, dem Monat vor dem Börsenkrach. Anfang Februar 1932 betrugen diese Kredite nur noch rund 500 Millionen Dollar. Bis zum Börsenkrach machten viele Leute mit Hilfe des geliehenen Geldes beträchtliche Gewinne; davon kauften sie Radios, Automobile, Häuser. Und so stiegen die Preise.

Zweitens: Infolge der Bereitwilligkeit, mit der das Publikum (Unternehmer wie Kellner, Hausangestellte, Liftjungen) Aktien kaufte, gaben viele Gesellschaften neue Aktien aus, für deren Erlös sie ihre Betriebe ausbauten. Der Ankauf neuer Aktien zu Spekulationszwecken aber wurde durch die Kreditausweitung sehr erleichtert.

Drittens: In der Zeit der billigen Zinssätze nahm der Warenverkauf gegen Abzahlung allgemein sehr zu.

Viertens: Aus dem gleichen Grund wurde der Absatz außeramerikanischer Anleihen in Amerika gefördert. Diese Anleihen gestatteten den Ausländern, insbesondere Mitteleuropäern und Südamerikanern, amerikanische Waren zu kaufen, die sie andernfalls nicht gekauft hätten.

Das sind die wichtigsten Kanäle, durch deren Vermittlung die Verbilligung der Zinsen zu einer Steigerung der Preise führte. Bei allen Käufern, die somit auf dem Markt auftraten, war es aber nicht eine Steigerung ihres laufenden Einkommens, die ihnen die vermehrte Nachfrage gestattete. Sondern einmalige Vergünstigungen waren der treibende Faktor.

Ob es sich wie in Deutschland 1920/23 um eine neue Inflationswelle oder — wie heute in zahlreichen Ländern — um Subventionen oder die Gewährung billiger Kredite handelt, es ist immer wieder das Gleiche. Besonders leicht können wir das im vorliegenden Fall, auf dieser Seite des Atlantischen Ozeans, an Hand der Auslandsanleihen erkennen. Auf die Dauer kann Deutschland in dem von Amerika gewünschten Umfang Waren aus der Union nur beziehen, wenn es eine entsprechende laufende Ausfuhr von Waren hat, oder anderweitige laufende Einnahmen aus dem Ausland bezieht (z. B. aus dem überseeischen Frachtverkehr). Auslandsanleihen sind angebracht, um plötzliche Schwankungen auszugleichen, z. B. infolge einer Mißernte oder eines Erdbebens, wie seinerzeit in Japan. Da Auslandsanleihen verzinst und zurückgezahlt werden müssen, belasten sie die Kaufkraft für zukünftige Nachfrage; und das ist zwar zwecks Verteilung der Last eines einmaligen Unglücks nützlich, aber kein geeignetes Mittel, um einen infolge von Rationalisierung oder krisenmäßiger Überproduktion eingetretenen Preisrückgang aufzuheben.

Genau das Gleiche gilt innerhalb der Vereinigten Staaten für die Börsengewinne und die Absatzkredite. Die Börsengewinne von 1927/29, in den Vereinigten Staaten, stellten die Kapitalisierung zukünftiger Entwicklungschancen dar. Das heißt: Auf Grund der bisher erlebten Steigerung der Dividenden und infolgedessen der Kurse, zahlte man einen Preis, der — an den laufenden Dividenden gemessen — hoch war, aber auf Grund der erwarteten Gewinnchancen einträglich erschien. Eine solche Vorwegnahme der zukünftigen Entwicklung erhöht natürlich nicht die laufenden Einnahmen, sondern stellt einen Verbrauch einmal verfügbarer Kapitalien dar. — Ebenso stellen Absatzkredite eine Hypothek auf die eigenen zukünftigen Einnahmen dar.

Über kurz oder lang hat man in allen diesen Fällen die verfügbaren Reserven vermittels derartiger Kredite (Auslandsanleihen, Börsenkredite, Abzahlungskredite) und Kapitalgewinne konsumiert. Danach aber fällt die Kaufkraft zurück, und zwar nicht auf das Niveau bei Beginn der Konjunkturpolitik, sondern tiefer; denn die Konsumenten sind belastet mit den Absatzkrediten und Auslandschulden, die sie verzinsen müssen. Obendrein haben die Produzenten ihre Betriebe

wegen der vorübergehenden Konjunktur ausgedehnt, sodaß der Rückschlag sie härter trifft als der ursprüngliche Preisrückgang, den man (bei weniger ausgebauten Produktionsstätten) durch Verbilligung der Zinsen aufhalten wollte.

Die Politik der amerikanischen Notenbanken von 1927/29 ist gerade eine der wichtigsten Ursachen für die besondere Schärfe der gegenwärtigen Krise.

Falsche Krisenpolitik 1930.

Diese Zusammenhänge wollen die „Wirtschaftsführer“ und ihre Regierung natürlich nicht anerkennen. So hat man lange Zeit versucht, durch psychologische Beeinflussung den „Optimismus der Unternehmer“ wieder anzukurbeln. Selbst jetzt geht uns folgende Meinungsäußerung aus Amerika zu: „Die Ueberzeugung hält noch an, daß die Depression zum großen Teil psychologischer Art ist und daß eine Aenderung in der geistigen Haltung der Nation Wunder für die Belebung des Geschäfts bewirken würde.“

Man hat der „Psychologie“ auch nachzuhelfen versucht durch Arbeitsbeschaffung aus öffentlichen Mitteln. Für Hoch- und Tiefbauten wurden zahlreiche Arbeiter eingestellt. Insbesondere veranlaßte HOOVER die Eisenbahnen, die in Amerika von Privatgesellschaften betrieben werden, durch Vergebung von Aufträgen die Konjunktur zu halten.

Auch hier handelt es sich darum, daß einmalige Reserven verbraucht werden; nämlich die Reserven der öffentlichen Körperschaften und Eisenbahnen. Eine dauernde Wirkung kann nur erzielt werden, wenn die laufenden Einnahmen der Konsumenten gehoben werden, um den laufenden Absatz von Konsumgütern und damit die laufende Nachfrage nach Arbeitern und Produktionsgütern zu heben. Dazu sind aber Maßnahmen, die wie Eisenbahn-Bestellungen in besonderem Maß die Produktionsgüter-Industrien ankurbeln, gerade das verkehrte Mittel. Das gilt für Deutschland wie für Amerika. In der Union wäre unter anderem eine Aenderung der Steuer- und Zollpolitik erforderlich, um das laufende Einkommen der Konsumenten (auf Kosten der Produktionsgüter-Industrien, wie in Deutschland und wie in allen Krisen) allmählich zu heben.

Eben dieser Notwendigkeit, einer dauernden Kaufkraft-Verschönerung zu Gunsten der Massen, aus dem Wege zu gehen, dazu dient die in allen Ländern heute übliche Vogel-Strauß-Politik. Sehen wir weiter!

Ein unzulänglicher Versuch. Die National-Credit-Corporation. 1931.

Da in Amerika die Banken keine Filialen haben dürfen, gibt es dort etwa 40000 große, kleine und kleinste Banken. Die großen Banken sind in wenigen Städten konzentriert: New York, Boston, Philadelphia, Chicago, San Francisco, St. Louis, New Orleans. Wenn nun ein Landstrich von einer Krise besonders betroffen wird, wie z. B. in der der Union seit Jahren die Farmer-Staaten, so haben die kleinen Provinzbanken keinen Rückhalt bei einer Großbank, sondern müssen eben ihre Zahlungen einstellen, wenn ihre eigenen Kunden ihre Schulden nicht bezahlen können.

Um diesen Banken zu helfen, hat man im Herbst 1931 die National Credit Corporation gegründet. Eine konjunkturpolitische Wirkung hat die National Credit Corporation nicht gehabt. Ihre Mittel waren verhältnismäßig bescheiden. (Nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ hat dieses Institut inzwischen 144 Millionen Dollar an 560 Banken ausgeliehen.) Außerdem: das niedrige Einkommen der Farmer und damit das Festfrieren der Farmer-Banken beruht auf der niedrigen Kaufkraft ihrer Abnehmer, der amerikanischen und außer-amerikanischen, vor allem europäischen Arbeiter. Gegen diese dauernd wirkende Ursache vermag — wie stets so auch hier — der Einsatz einmaliger Reserven — hier der Reserven der gesunden amerikanischen Großbanken — nichts Wesentliches auszurichten.

Die neue Reconstruction Corporation nun geht auf robustere Art ins Zeug. Sie ist ausgestattet mit einem Kapital von 500 Millionen Dollar und darf Schuldverschreibungen bis zu 1500 Millionen Dollar ausgeben. Sie verfügt also über 8,4 Milliarden Mark. Auch macht sie Mittel der Federal Reserve Banken mobil. Ihr Zweck ist, das, was in Deutschland mittels Banken-Stützung, Osthilfe und industrieller Subventionen gemacht wurde, auf einmal zu unternehmen. Daraus können wir ersehen, in welchem Stadium der Krise die Vereinigten Staaten mittlerweile angekommen sind.

Herbert Reinemann.

Reichsbank. Unterbrechung der Devisen-Abgänge. (Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford	Wechsel-Scheine	Noten-umlauf	Giro-zuthaben	Gesamt-Geld-umlauf
15. 2. 1930	2851	402	—	78	1720	4166	502	5596
7. 2. 1931	2244	198	23	66	1902	4084	271	5601
15. 2. 1931	2254	181	—	72	1609	3897	250	5398
31. 1. 1932	948	145	33	158	3632	4407	894	6320
7. 2. 1932	928	147	22	129	3462	4276	383	—
15. 2. 1932	920	144	4	188	3249	4155	371	6087

Der bemerkenswerteste Zug am diesmaligen Ausweis der Reichsbank ist der Umstand, daß die Verminderung des Gold- und Devisenbestands insgesamt in der Berichtswoche nur 2,2 Millionen Mark betrug. In den vorhergehenden Wochen beliefen sich die Abgänge auf 15 bis 20 Millionen Mark. Vermutlich hängt die Unterbrechung der Anforderungen für Devisen mit der neuesten Regelung zusammen, wonach ausländische Banken für von ihnen im Ausland angekaufte Noten Gutschrift auf einem „freien“ Konto bei einer inländischen Bank nur mit Genehmigung der Devisen-Bewirtschaftungsstelle erlangen können. (Nur für Beträge auf „freiem“ Konto können Ausländer Devisen-Auszahlung verlangen.)

Andererseits sind zum 15. Februar die letzten 15 Prozent der sogenannten Reichsmark-Guthaben der Ausländer fällig geworden. Diese Räte können die Ausländer unter dem alten, inzwischen erneuerten Stillhalte-Abkommen abrufen. Die hieraus sich ergebenden Devisen-Anforderungen werden aber erst im nächsten Reichsbank-Ausweis zur Geltung kommen.

— n.

Transportmonopol?

Der „Frankfurter Zeitung“ wird von „gut informierter Seite“ geschrieben:

„... Es fehlte, nachdem (durch Notverordnung) der Zwang geschaffen war, für alle durch Kraftwagen beförderten Güter die höchste Tarifklasse zur Anwendung zu bringen, die Möglichkeit, die frachtlich billig liegenden Güter zu gewinnen, um die Fahrzeuge nutzbringend auszulasten. Die Lastkraftwagenbesitzer mußten ihre Wagen tage- und wochenlang unbenutzt stehen lassen. ... stehen die Lastkraftwagenbesitzer vor dem Ruin und die Automobil-Industrie sowie die kreditgebenden Banken erleiden durch Nichteinlösung der von den Lastkraftwagenbesitzern gegebenen Wechsel in die Millionen gehende Verluste. Man spricht von 15 bis 20 Millionen Mark.“

Um diese verheerende Wirkung der Notverordnung zu meistern, für die die beteiligten Kreise die Reichsbahn verantwortlich machen, hat die Reichsbahn den Vorschlag eines Reichsmonopols für den Güterfernverkehr — das ist der Verkehr über 50 Kilometer vom Standorte des Fahrzeugs — gemacht und die Ausübung dieses Monopols für sich verlangt, wogegen sie die Verbindlichkeiten der Lastkraftwagenbesitzer gegenüber der Industrie irgendwie übernehmen will, Mit anderen Worten:

Die Reichsbahn will außer auf der Schiene auch auf der Straße künftig das alleinige Recht haben, Güter zu befördern und dafür Preise zu verlangen, die jeglicher Einflußnahme entzogen sind.

... Der Herr Reichsverkehrsminister (hat) ... den Vorschlag gemacht ... zwar ein Monopol zu schaffen, dieses aber nicht der Reichsbahn allein, sondern einer Reichsgesellschaft zu geben, an der außer dem Reich auch die Automobil-Industrien und die Fernverkehr betreibenden Speditions- und Fuhrunternehmungen beteiligt sind.“

Weil man durch Bildung eines Zwangkartells Unheil geschaffen hat, soll die Monopolbildung weiter getrieben werden! Kommt in der Regierung eigentlich niemand auf den Gedanken, man könne einen Fehler dadurch wieder gut machen, daß man ihn beseitigt? Muß denn jeder Fehler in seiner Wirkung dadurch verdeckt werden, daß man einen neuen Fehler hinzufügt? Ist die ständige Wiederholung dieses Verfahrens denn der einzige Plan, der den mannigfaltigen Maßnahmen der Reichsregierung zu Grunde liegt?

Es gibt noch gutgehende Unternehmungen.

Dividende auf das Stammkapital 1931 1932

(In Prozenten)

Papierfabrik Holmen-Bruk, Stockholm	8	7
Vereinigte Brauereien AG, Meiningen	15	7 1/2*
Ilse, Bergbau-AG, Senftenberg	10	8*
Görlitzer Aktien-Brauerei	12	8*
Pfälzische Preßhefen- u. Spritfabrik, Ludwigshafen	9	9*
Arieheller Sprudel- und Kohlensäure-AG	10	10*
Bremer Roland-Mühle AG	10	10*
Cornbrook Brauerei (England)	10	10*
Lovibond (John) & Sons (Brauerei, England)	10	10
Greyhound Racing Assoc. Trust (England)	0	10
Bremer Wollkammerlei, Blumenthal	10	10*
Scottish Motor Traction (Schottland)	10	10
Tilling & British Automobile Traction	10	10
Olympia Ltd. (England)	10	10
Schubert & Salzer, Maschinenfabrik AG, Chemnitz	12	10*
„Eintracht“, Braunkohlenwerke und Briquet-fabriken, Weizow	10	10
Stettiner Oelwerke AG, Züllichow	5	10*
Randall (H. F.), (Warenhaus, England)	15	11 1/2
Augsburger Kammgarnspinnerei	14	12*
Montecatini, Mailand	15	12*
C. Kipke, Brauerei AG, Breslau	20	12
Royal Exchange Co., Leeds	13 1/2	12*
Selincourt & Sons (England)	16	12
Radeberger Export-Bierbrauerei AG	16	14*
Outram (George) & Co. (England)	17 1/2	15
Second British Assets Trust (England)	15	15
Northern Corporation (England)	16	16
N. V. Staalwerken de Maas, Amsterdam	18	18
British Investment Trust (England)	21	21
Clapton Stadium (England)	40	47 1/2

* vorgeschlagen.

Zur Lage in Dänemark.

Auf einen Einwohner kamen 1931 in Dänemark 150 Telefongespräche (in Deutschland: 40, in Großbritannien: 30). Auf je 10 Einwohner kommt in Dänemark eine Sprechstelle (in Deutschland auf je 20, in Großbritannien auf je 23 Einwohner). Die Dänen sind kein armes Volk.

Der Außenhandel Dänemarks ist längst nicht so stark zurückgegangen wie zum Beispiel der Deutschlands, Englands und der USA. Er bot in den Jahren 1927 bis 1931 folgendes Bild (in Millionen Kronen):

	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
1927	1662	1551	— 111
1928	1736	1657	— 79
1929	1794	1713	— 81
1930	1729	1616	— 113
1931	1465	1390	— 135
1931 in Prozent von 1930	84,7	82,3	
1931 in Prozent von 1929	81,7	77,6	

Der auf 135 Millionen Kronen angewachsene Einfuhrüberschuß erscheint unbedenklich, da er durch Einnahmen aus der Schifffahrt mehr als ausgeglichen wird.

Zahl der Konkurse im Januar 1932: 53 (im Dezember 1931: 41, im Januar 1931: 35). Zahl der Zwangsversteigerungen im Januar 1932: 373 (im Dezember 1931: 243, im Januar 1931: 181). Insbesondere kamen landwirtschaftliche Grundstücke zur Zwangsversteigerung.

Die Vereinigung der Landwirte fordert von der Regierung, sie solle 200 Millionen Kronen (160 Millionen Mark) zur Verfügung stellen, damit alle Landwirte, die aus eigenen Mitteln Zins- und Tilgungszahlungen nicht leisten können, aus diesem Fonds auf ein Jahr ein Darlehen erhalten können zu einem Zinssatz von 4—5 Prozent. Gemessen an deutschen Forderungen ist das bescheiden.